



**FORDERUNGEN FÜR
EIN KLIMAGERECHTES
FREIBURG**



INHALTSVERZEICHNIS

Einleitung	3
Grundlagen	5
Appell an unsere Bürgermeister*innen und den Gemeinderat	7
Mobilität	8
Energie	11
Bauen & Wohnen	14
Ernährung & Landwirtschaft	16
Bildung	18
Soziale Gerechtigkeit & Klimagerechtigkeit	19
Natur- & Artenschutz	21
Ressourcen & Kreislaufwirtschaft	23
Wirtschaft	24
Demokratie & Transparenz	26
Schlussappell	27
Dank	28
Glossar	29
Impressum	31

EINLEITUNG

Am 17. Mai 2019 haben wir unsere Forderungen für Freiburg vorgelegt. Die Stadt Freiburg hat sie durch das Öko-Institut und das Institut für Energie- und Umweltforschung (ifeu) prüfen lassen und in Folge ein "Klima- und Artenschutzmanifest" (28.10.19) verfasst und verabschiedet. Hierin heißt es:

"Gleichwohl ist die Stadt Freiburg angesichts der dramatischen Situation in tiefer Sorge und anerkennt die Eindämmung des Klimawandels und des Artensterbens als wichtigste Aufgabe ihres Handelns und richtet alle ihre Entscheidungen auf die Erreichung dieser Zielsetzungen aus."

Klingt erst mal soweit ganz gut. Ein Jahr ist nun vergangen, seit der Rat der Stadt das "Freiburger Klima- und Artenschutzmanifest" veröffentlicht hat. Immer mehr werden die Folgen der Klimakrise auch hier spürbar.

Wir brauchen rasches, zukunftsorientiertes und weitreichendes Handeln

Doch unverändert mangelt es an transparentem und entschiedenem Handeln, das nur annähernd dem Ausmaß der Klimakrise gerecht wird. Von grundlegender Neuorientierung fehlt bisher jede Spur. Wenn wir im "business as usual" stecken bleiben, sind wir verloren.

Erkennt endlich an, dass wir uns in der Klimakrise befinden!

Die Corona-Pandemie hat gezeigt, dass wir angesichts drohender Gefahr unvergleichlich, schnell und entschieden handeln können. Wenn wir für die Bekämpfung dieser Pandemie alle Kräfte und Milliarden von Euro aufwenden können, muss dies auch für die Sicherung unserer Lebensgrundlagen möglich sein – und vor allem schnell geschehen.

Die Stadt Freiburg denkt und argumentiert demgegenüber im Rahmen der bestehenden Verwaltungs- und Planungsstrukturen – und verfehlt so selbst das wenig ambitionierte Ziel, für ein klimaneutrales Freiburg 2050. Dies wird dem Ausmaß der vor uns liegenden Aufgaben in keinster Weise gerecht. Freiburg handelt noch zu kleinteilig und benennt keine klar definierten übergeordneten Sektorenziele, die bereits jetzt Tag für Tag, Monat für Monat und Jahr für Jahr überprüft und transparent verfolgt werden müssten.

Milliarden von Menschen werden zu Opfern der Klimakrise. Das treibt viele Menschen in die Flucht aus ihren Heimatländern. Noch können wir das begrenzen und aufhalten. Sind wir wirklich so dreist und brutal, das ökologische Gleichgewicht unseres zerbrechlichen Planeten zu zerstören und den folgenden Generationen die Lebensgrundlagen zu entziehen? Will Freiburg ihren Reichtum weiterhin auf Kosten der Natur und auf dem Rücken der Menschen, insbesondere im globalen Süden, ausleben? Oder legen wir die Schulden offen, die unser Lebensstil tagtäglich hervorruft und ziehen daraus die nötigen Handlungen und Konsequenzen? Es ist jetzt höchste Zeit für eine transparente und öffentliche Buchführung.



GRUNDLAGEN

Wir brauchen Zahlen, Daten und Fakten!

Bereits 2019 haben das Öko-Institut und das ifeu in der "Fortschreibung Klimaschutzkonzept Freiburg – 2018" die Stadt aufgefordert:

"Es wird vorgeschlagen, das Ziel der Klimaneutralität mit einem absoluten Klimaziel in t/a pro Einwohner*in zu konkretisieren."

Das ist die Basis. Das muss jetzt geschehen!

Um das 1,5°-Ziel des Pariser Klimaabkommens einzuhalten, muss Freiburg bis 2030 vollständig klimaneutral sein.

Dazu muss die Stadt Freiburg:

CO₂ - Einsparziele (in Kilogramm pro Jahr pro Einwohner*in) für die Jahre 2021 bis 2030 benennen und dabei offenlegen, in welchen Sektoren die Reduktionen erfolgen sollen – unter Festlegung konkreter Vorgabeziele für jeden Sektor und für jedes Jahr.

- Die realen CO₂-Emissionen mit Ablauf eines jeden Jahres schnellstmöglich offen legen und das Erreichen oder Nichterreichen der jeweiligen Jahresziele einer gründlichen Prüfung unterziehen. Jährliche, unabhängige Gutachten zu Wirksamkeit und Schwächen sind verbindlich einzuplanen, deren Empfehlungen und Korrekturvorgaben müssen umgesetzt werden.
- Für den Fall, dass sie in bestimmten Sektoren die Klimaneutralität nicht bis zum Jahr 2030 erreichen kann, offen darlegen, wie und wann das Ziel stattdessen erreicht bzw. durch vermehrte Anstrengungen in anderen Sektoren kompensiert werden soll. Die Zielerreichung darf nicht später als 2035 erfolgen.
- Im Rahmen der städtischen Emissionsbilanz muss die graue Energie, die in den Bau aller Projekte im Stadtgebiet einfließt, offengelegt und eingerechnet werden.
- Der Kauf von CO₂-Zertifikaten aus Kompensationsprojekten im Globalen Süden darf nicht mit der Erreichung der Klimaneutralität verrechnet werden.
- Die Kosten, die aus den Folgen der Klimakrise entstehen, müssen ab sofort in die Wirtschaftlichkeitsberechnungen der Stadt Freiburg eingepflegt werden. So soll der wirtschaftliche Fokus in Zukunft auf Nachhaltigkeit und Gemeinwohl gelegt werden.

Diese Maßgebungen sind uns durch die planetaren Grenzen und das Pariser Klimaabkommen gesetzt. Sie sind daher unverhandelbar! Wie wir diese Grenze einhalten, muss in der Gesellschaft verhandelt und demokratisch legitimiert werden.

Dabei lassen wir uns nicht leiten von dem "anscheinend Machbaren", sondern von dem offensichtlich Notwendigen. Wir werden die anstehenden Herausforderungen nur lösen, wenn wir Klimagerechtigkeit in den Mittelpunkt städtischer Politik stellen.¹ Viele der Lösungen liegen auf

¹ Siehe hierzu auch: "Wie Deutschland bis 2035 CO₂-neutral werden kann", 2020
<https://wupperinst.org/a/wi/a/s/ad/5169/>

der Hand und sind lange erarbeitet. Oft fehlt es einfach nur an Mut, den Wandel zu wagen. Die folgenden Kapitel bieten Anregungen, wie wir unseren Emissionsreduktionspfad einhalten können.

Rechtliche Hürden

Sollten einzelne Maßnahmen aktuell gegenläufige bundes- oder EU-rechtliche Bestimmungen berühren, so fordern wir von der Stadt, sich diesen entgegenzustellen und sie – wo nötig – rechtlich zu erstreiten. Dabei soll sich die Stadt mit weiteren willigen Kommunen verbünden und gemeinsam über Netzwerke wie den Städtetag Druck aufbauen.

Nicht-Handeln ist keine Option mehr!

APPELL AN UNSERE BÜRGERMEISTER*INNEN UND DEN GEMEINDERAT

Wir fordern von unserem **Oberbürgermeister Martin Horn**, dass er die Führung für den klimaneutralen Umbau unserer Stadt übernimmt. Der Klimaschutz muss weiter massiv vorangetrieben werden. Hierfür fordern wir in Zukunft 100% der Konzessionsabgabe der Badenova für den Klimaschutz.

Wir fordern von unserem **Finanzbürgermeister Stefan Breiter**, dass er ausnahmslos alle städtischen Gesellschaften dazu verpflichtet, Konzepte für die zügige Erreichung der Klimaneutralität zu erarbeiten, die in der Folge dann auch verpflichtend eingehalten werden müssen.¹

Wir fordern von unserer **Umweltbürgermeisterin Gerda Stuchlik**, dass sie den Themen Klima und Umwelt im Rat der Stadt endlich Geltung verschafft. Treten Sie laut und deutlich dafür ein, dass Klima und Natur in städtischen Abwägungsprozessen an erster Stelle stehen. Leiten Sie zudem umgehend eine mutige Wärmewende in die Wege. Um klimaneutral zu werden, müssen wir Freiburg baldmöglichst mit fossil-freier Wärme versorgen können.

Wir fordern von unserem **Baubürgermeister Martin Haag**, die Mobilitätswende in die Hand zu nehmen. In der Stadt brauchen wir dringend eine Neuaushandlung der Flächenzuteilungen und der Denkmuster, in denen wir die Infrastruktur Freiburgs aufbauen. Wir erwarten, dass Freiburg für eine neue regionale Mobilitätskultur eintritt, die eine drastische Reduktion des motorisierten Individualverkehrs ermöglicht. Für die benötigten Änderungen in der Infrastruktur braucht Freiburg einen verantwortungsbewussten Umgang mit Ressourcen. Wir fordern daher vom Baubürgermeister die Förderung der Kreislaufwirtschaft, insbesondere im treibhausgasintensiven Baubereich.

Wir fordern von **Sozialbürgermeister Ulrich von Kirchbach**, eine Ausbildungsoffensive anzugehen. Freiburg braucht für die Klimaneutralität dringend Fachkräfte, die den Umbau der Infrastruktur, Sanierungen, nachhaltige Bauweisen und den Ausbau der Erneuerbaren Energien in die Tat umsetzen. Wir schlagen vor, unter anderem die Arbeitsagentur, die Handwerkskammer und Migration zu nutzen, um dem Fachkräftemangel entgegenzuwirken.

Wir fordern vom **Freiburger Gemeinderat**, seine Aufgabe als kontrollierendes Gremium der Stadtverwaltung ernst zu nehmen. Die Transformation zur klimaneutralen Stadt ist eine Querschnittsaufgabe, die vom Gemeinderat bei allen Entscheidungen mitgedacht und vorangebracht werden muss. Wir fordern daher den Gemeinderat auf, das jahresgenaue Monitoring der Klimaschutzaktivitäten einzufordern, Transparenz bei den Verwaltungsvorgängen zu fördern, bürgerschaftliches, unabhängiges Engagement zu stärken und die Kommunikation mit den Freiburger Bürger*innen aktiv in die Hand zu nehmen.

¹ Auflistung aller städtischen Beteiligungen: <https://www.freiburg.de/pb/206468.html>

Mobilität ist die größte Baustelle auf dem Weg zu einem klimagerechten Freiburg. Im letzten Jahrzehnt ist die Menge an Kraftfahrzeugen, die täglich durch unser Stadtgebiet fahren, um 25% angewachsen.¹

Mehr Autos bedeuten mehr CO₂-Emissionen. Die Baden-Württemberg Stiftung stellte bereits 2017 fest, "dass der Weg zu einer in Baden-Württemberg und global verträglichen Mobilität innerhalb der ökologischen und gesundheitlichen Belastungsgrenzen nur mit einem deutlichen Rückgang der Pkw-Fahrleistung und des Pkw-Bestandes gelingen kann."

Je nach Studie müssen 60%² oder 83%³ des motorisierten Individualverkehrs von der Straße weichen, wenn wir Klimaneutralität erreichen wollen. Die verbleibenden Fahrzeuge müssen zu dem klimaneutral betrieben werden.

Die Wichtigkeit einer Verkehrswende ergibt sich auch aus der Infas-Studie vom März 2020: "Soll die CO₂-Summe im Alltagsverkehr um 30 % reduziert werden, müsste Freiburg (...) eine Verdoppelung im öffentlichen Verkehr und ein Plus von 50 % im Radverkehr" erreichen.⁴

Deshalb braucht es dringend eine neue Mobilitätskultur. Die jetzige Struktur der Mobilitätsangebote in Freiburg ist ungerecht: Die Preise im öffentlichen Personennahverkehr sind seit 2008 um über 35% gestiegen, die Kosten für Autofahrer*innen jedoch nur um 3%⁵. Soziale Ungleichheit spiegelt sich auch im Mobilitätsverhalten wider: Je größer der Wohlstand, desto mehr Auto- und Flugkilometer legen Menschen zurück. Das wird auch in Freiburg zunehmend zu einem Problem.

Die Flächen, die wir für den motorisierten Individualverkehr im Stadtraum bereithalten, sind zu groß. Wir fordern Flächengerechtigkeit für Fußgänger*innen, Öffentlichen Personennahverkehr (ÖPNV) und Radverkehr – denn sie sind die Stützen klimagerechter Mobilität.

Der geplante Stadttunnel beinhaltet die Vision einer automobilen Zukunft. Das ist abgesehen von den Kosten der mutmaßlich zehn Jahre anhaltenden Baustelle und der durch Beton verursachten CO₂-Emissionen fragwürdig⁶, wenn wir bedenken, dass in naher Zukunft ein Großteil der Autos die Straße verlassen müsste. Richtig wäre es, den Fokus auf eine zukunftsorientierte Verkehrswende zu legen und in diese zu investieren. Gleichzeitig erkennen wir auch die Problematik der schlecht angebundenen ländlichen Regionen, der es zu begegnen gilt.

Mobilität muss für alle verfügbar und bezahlbar sein. Die Verkehrswende muss von allen Menschen mitgetragen werden können und darf nicht zu Lasten von sozial benachteiligten Menschen gehen.

1 Infas Studie "Mobilität in Freiburg - Wie sind Bürgerinnen und Bürger unterwegs?", März 2020, Folie 20

2 Kurzgutachten Öko-Institut im Auftrag der Stadt vom 14.8.2019: "Prüfung eines Szenarios für ein schnelleres Erreichen der Klimaneutralität bis 2035", Seite 7

3 Studie der Landesstiftung Baden-Württemberg: "Mobiles Baden-Württemberg", S. 240 (2017)

4 Infas-Studie "Mobilitätsverhalten in Freiburg" (2020)

5 Infas "Neue Denkanstöße für die Mobilität der Zukunft" (2019)

6 <https://mitmachen.freiburg.de/stadtfreiburg/de/flexPrjList/53448/project/65>

Forderungen

Regionetzwerk Mobilität

Wir fordern, was schon viele Menschen seit Jahrzehnten einklagen: Eine bessere Anbindung und Taktung der öffentlichen Verkehrsmittel in ländlichen Regionen. Es darf nicht sein, dass Busse oder Züge nicht einmal stündlich fahren, oder die Verbindungen so kompliziert sind, dass Nutzer*innen so lange unterwegs sind, dass die Nutzung des PKW viel attraktiver erscheint.

- Wir fordern die Umsetzung eines möglichst vollständigen integralen Taktfahrplans des regionalen ÖPNVs.

Mobilitätspass

- Jede*r Bürger*in bezahlt 365€ im Jahr und kann mit dem damit erworbenen Ticket alle ÖPNV-Angebote in und um Freiburg nutzen.
- Ein weiterer Teil der Finanzierung des ÖPNV läuft über die Firmen der Region, die einen Beitrag an die Stadt zahlen. Dies kann zum Beispiel über eine Erhöhung der Grundsteuer laufen, damit Firmen, die mehr Fläche verbrauchen auch mehr bezahlen müssen.
- Sozialhilfeempfänger*innen oder Menschen in finanziellen Notlagen werden von dieser Abgabe ausgenommen. Ebenfalls müssen Rentner*innen, die Grundrente oder weniger als die Grundrente beziehen, von dieser Regelung ausgenommen werden.

Wie Beispiele anderer Städte in Europa zeigen, führt eine solche Abgabe zu 20-30% weniger motorisiertem Verkehr¹.

Ausbau der Fuß- und Radwege

- Wir fordern die sofortige Planung und die Umsetzung der Forderungen beider Bürgerbegehren des Freiburger Fuß- und Radentscheids². Hierin muss die zukünftige Fahrrad-Infrastruktur integriert werden.
- Wir brauchen Radwege, die für eine Massennutzung geeignet sind:
 - Keine neuen Wege unter einer Breite von 2,5 Meter;
 - separate Radachsen für beide Fahrtrichtungen;
 - räumliche Trennung von Auto-, Fuß- und Radverkehr.
- Wir brauchen den sofortigen Aufbau von weiteren Radschnellwegen, die Pendler*innen tauglich sind.

¹ Bachelorarbeit Inga Wodecki zur City Maut (2010)

https://www.hs-bremen.de/internet/einrichtungen/fakultaeten/f2/abt2/Personal/Professoren/Mueller/Downloads/ba_city-maut_abgabe_inga_wodecki.pdf

² Freiburger Fuß- & Radentscheid (2020)

Autoverkehr im Stadtraum zurückdrängen...

- Autoverkehr im Stadtgebiet nur mit Mobilitätspass.
- Ende der kostenfreien Nutzung öffentlicher Flächen für das Abstellen von Fahrzeugen und eine sozialverträgliche Anhebung der Parkgebühren im Stadtgebiet; deutliche Anhebung der Anwohner*innenparkgebühren ab 2021.
- Entsiegelung von jährlich 5% der Parkplätze und Bepflanzung mit (Obst-)Bäumen oder Umwidmung für Fuß-/Radverkehr oder Wohnzwecke.
- Bis 2030 wird die Stadt Schritt für Schritt frei von 80% der Autos und die restlichen 20% fahren nicht mehr mit fossilem Verbrennungsmotor.
- Ausreichend öffentliche Ladesäulen für Elektroautos in den Quartieren. Bis Ende 2021 soll in jedem Quartier mindestens eine öffentliche Ladesäule mit 22 kW Leistung stehen.
- Logistikinfrasturktur in der City und in den Zentren der Stadtteile auf Fahrräder/Lastenräder umbauen. Einrichtung von Mikro-Depots.¹
- Zurückdrängen des Parkverkehrs von breiten PKW durch restriktive Parkraumbewirtschaftung und Parkraumleitung (z. B. Park&Ride für größere PKW im Außenbereich).

...und die Stadt als Lebensraum zurückgewinnen

- Flächendeckendes Tempolimit von maximal 25 km/h. Dafür fordern wir wieder, dass sich die Stadt Freiburg mit dem Städtetag zusammensetzt und das Recht erstreitet, dies durchzusetzen.
- Vorrang für klimagerechte Mobilitätsarten.



¹ <https://www.verkehrsrundschau.de/nachrichten/studie-mikro-depots-entlasten-infrastruktur-in-innenstaedten-2484951.html>
(zuletzt aufgerufen am 30.10.2020)

Unsere Lebensbedürfnisse und -formen erfordern den Einsatz von unterschiedlichen Energieformen. Sei es, um uns zu ernähren, fortzubewegen, zu wohnen oder auf anderen Wegen zu konsumieren.

Das größte Potenzial für nachhaltige Energienutzung liegt darin, den Energieverbrauch in unserem Alltag zu verringern. Für den verbleibenden Bedarf bilden die Erneuerbaren Energieformen (EE) die wesentliche Grundlage für ein emissionsarmes und nachhaltiges System.

Freiburg hat – wie alle Städte – einen großen Energiebedarf, die Flächenverfügbarkeit ist aber zu klein, um den eigenen Verbrauch nachhaltig und emissionsarm decken zu können. Auch bei größter Anstrengung wird Freiburg in den eigenen Stadtgrenzen nur einen Teil seines Energiebedarfs durch nachhaltige Energiequellen erzeugen können.¹ Der Ausbau von EE muss daher in Freiburg und der Umgebung verstärkt werden, um ein nachhaltiges System in der Region ermöglichen zu können.

Forderungen

Energieverbrauch reduzieren

Nur wenn wir unseren Energiebedarf auf allen Ebenen reduzieren, werden wir ihn aus Erneuerbaren Energiequellen decken können. Wir können nur sparen und quantifizieren, wenn wir sehen, was wir derzeit überhaupt verbrauchen. Zuerst fordern wir daher auch hier: Transparenz und öffentliche Zugänglichkeit!

Die letzten Zahlen zur Energienutzung in der Stadt Freiburg stammen aus dem Jahr 2016.² Noch unklarer ist der derzeitige Energieverbrauch in den Bereichen Gewerbe, Handel und Dienstleistungen. Hier liegen weder öffentlich zugängliche Zahlen noch Prognosen zu Energieverbrauch und CO₂-Emissionen vor. Ohne solche Daten lassen sich keine verlässlichen Planungen für ein klimaneutrales Freiburg entwerfen. Aus diesen Gründen fordern wir konkret:

- Die Stadt Freiburg soll den Energiebericht jährlich aktualisieren und zeitnah im digitalen "Klimamonitor"³ den Bürger*innen zugänglich machen.
- Wir fordern jährliche Berichte über Energieverbrauch, CO₂-Emissionen und Effizienzmaßnahmen in den Industriegebieten. Es geht darum, ein Verbrauchskataster der Großverbraucher dieser Stadt zu erstellen, öffentlich zugänglich zu machen und jährlich zu aktualisieren.
- Ein jährliches Einsparziel für Freiburg formulieren, Erfolge und Misserfolge monitoren und die Maßnahmen anpassen.
- Um das Energiesparen zudem attraktiver zu machen, fordern wir eine Belohnung für klimafreundliche Lebensweisen.⁴

1 Fortschreibung Klimaschutzkonzept Freiburg, Seite 80 (2019)

2 <https://www.freiburg.de/pb/1406980.html>

3 Erläuterung des Klimamonitor siehe Abschnitt "Demokratie"

4 <https://www.swr.de/swraktuell/baden-wuerttemberg/suedbaden/denzlingen-foerdert-umweltschutz-massnahmen-104.html> und in Finnland: <https://www.tagesschau.de/ausland/weltspiegel-finnland-klimaschutz-101.html>

Wärmewende

Wir dürfen keine Zeit mehr verlieren und müssen im Gebäudesektor schnellstmöglich den Energiebedarf nachhaltig reduzieren. Die Wärmewende ist einer der wichtigsten Schritte, die zur Erreichung unserer Klimaziele nötig sind.

Wir fordern:

- die unverzügliche Erhöhung der Sanierungsrate auf 4% pro Jahr und die Anhebung des Zielzustandes nach einer Komplettsanierung (Leitstandard KfW 70);
- die Ausweisung von älteren Quartieren als Sanierungsgebiete („städtebauliche Missstände auf Grund der Anforderungen an den Klimaschutz und die Klimaanpassung“ (§ 136 Abs. 2 Buchst. h BauGB));
- die Erhöhung des verpflichtenden Neubaustandards auf 15 kWh Energiebedarf pro Quadratmeter und Jahr;
- die Dekarbonisierung der Wärmeversorgung bis 2030;
- ein sofortiges Verbot von Gas-/Ölkesseln in Neubauten.

Ein erster Schritt wäre es, sich mit der Energiekarawane des Fesa zusammenzutun; mit der Handwerkskammer und Gewerkschaften und mit den Schulen eine Ausbildungsoffensive in sanierungsrelevanten Berufen zu starten und von Kommunen wie Bottrop zu lernen, die eine Sanierungsrate von 4% realisiert haben.¹

Dafür müssen Daten zu den Potenzialen an erneuerbarer Wärme und Abwärme in unserer Stadt erhoben und ein Wärmekataster erstellt werden:

- Einrichtung eines Wärmekatasters, das im digitalen "Klimamonitor" der Öffentlichkeit bereitgestellt wird;²
- Nutzung aller verfügbaren und geeigneten Dachflächen für Photovoltaik und Solarthermie.

Regioenergieverbund

Eine klimagerechte Energieversorgung gelingt nur, wenn Region und Stadt zusammenarbeiten. Bereits heute gibt es energieautarke Kommunen im Schwarzwald. Energieverbünde sind ein Weg, Wind- und Sonnenenergie regional, fair und transparent für Freiburg und zum Vorteil der Umlandgemeinden vor Ort zu erzeugen und bereitzustellen. Neben Windkraft und Photovoltaik könnte in Zukunft auch die Agrarphotovoltaik eine Rolle spielen. Erste Pilotprojekte des Fraunhofer-Instituts für Solare Energiesysteme am Bodensee sind sehr vielversprechend.³

- Kontinuierlicher Ausbau der EE in Kooperation mit dem Umland, um bis 2030 in der Region 100% erneuerbare Energiegewinnung zu ermöglichen.

1 <https://www.enbausa.de/daemmung/aktuelles/artikel/bottrop-glaenzet-mit-hoher-sanierungsquote-1966.html>

2 Zur Notwendigkeit von Wärmekatastern: Dunkelberg, Elisa; Weiß, Julika; Hirschl, Bernd (2020): Wärmewende in Städten gestalten. Empfehlungen für eine sozial-ökologische Transformation der Wärmeversorgung am Beispiel von Berlin.

3 <https://www.ise.fraunhofer.de/de/presse-und-medien/presseinformationen/2019/agrophotovoltaik-hohe-ernteertraege-im-hitzesommer.html>

Erneuerbare Energien

Erneuerbare Energien sind die wesentliche Grundlage für eine emissionsarme und nachhaltige Elektrifizierung unserer Stadt.

- Daher fordern wir, dass ganz Freiburg bis spätestens 2030 auf 100% EE umgestiegen ist.
- Zusätzlicher städtischer Mindestausbau von EE entsprechend Mehrverbrauch durch Elektromobilität.

Photovoltaik

- Die Installation von Photovoltaikanlagen auf Dächern von Neubau-Objekten muss zu einem neuen Mindeststandard werden. Darum fordern wir eine Solarpflicht auf allen Neubauten.
- 10.000 Balkone Programm für Mieter*innen, gerade in Sozialwohnungen. (Eigene Strom mit Balkonsolargerät erzeugen, über die Steckdose ins Netz einspeisen und so die eigenen Kosten senken.)
- Überdachung von Parkplätzen mit Solaranlagen, z.B. Messe, P+R Plätze und Radabstellplätze.
- Die Stadt Freiburg sollte beim Thema Solarpflicht selbst mit gutem Beispiel vorangehen: Daher fordern wir Solaranlagen auf allen öffentlichen Bestandsgebäuden so bald wie möglich.

Wind

- Mehr Flächen für Windkraft zur Prüfung durch das Land ausweisen lassen.
- Sich tatkräftig für den Neubau vieler Windkraftanlagen einsetzen und alles Nötige machen, diese auch baulich zu ermöglichen.

Geothermie

- Die Stadt soll die Tiefengeothermie als Möglichkeit der Energiebereitstellung weiter erforschen und möglichst bald erste Projekte umsetzen.

Die Herstellung, der Erhalt und der Betrieb von Gebäuden verursachen heute bereits 39 Prozent aller energiebezogenen Treibhausgasemissionen und verbrauchen mehr als ein Drittel der gesamten weltweiten Endenergie.¹

Bauen und Wohnen wirkt sich auf unsere Umweltbilanz auch deshalb so sehr aus, weil Gebäude und Ingenieurbauwerke langlebige Güter sind. Planungen und Investitionsentscheidungen im Bau- und Gebäudebereich wirken sich über viele Jahrzehnte hinweg auf Gesellschaft, Wirtschaft und Umwelt aus. Mit den heutigen Entscheidungen werden die Lebensbedingungen auf viele Jahre hinaus "zementiert".

Forderungen

Daher fordern wir:

Umstrukturierung des Stadtraums

- Eine Task-Force "2030", die sich auf Visionssuche für eine Umnutzung des städtischen Raums begibt, die Wohnraum schafft und das Gemeinwesen belebt.
- Umnutzung von Gebäuden, welche nicht mehr in ihrer ursprünglichen Form genutzt werden. Zum Beispiel können ebenerdige Parkdecks in Parkhäuser als Fahrradparkplätze dienen.
- Ein Sanierungskataster nicht nur für öffentliche Gebäude, sondern für ganz Freiburg.
- Die Schaffung von Möglichkeitsräumen für klimaneutrale Lebensstile und Wohnsituationen. Zum Beispiel, indem die Stadt Grundstücksvergaben an entsprechende konzeptionelle Vorgaben bindet.
- Bei allen zukünftigen Bebauungsplänen mit Wohngebieten sollen vorrangig gemeinwohlorientierte Bauträger zum Zuge kommen (kommunale Wohnungsbaugesellschaften, Baugenossenschaften, insbesondere bürgerschaftliche Baugruppen und Wohnprojekte)
- Höhere Investitionen in kommunale Flächen, die der zwischenmenschlichen Begegnung und der Begegnung mit der Natur dienen.
- "Zusätzlich wird im Gebäudebereich auch Suffizienz einen wichtigen Beitrag für das Erreichen von Klimaneutralität leisten müssen. Es gilt, den Trend des wachsenden Wohnraumbedarfs pro Kopf durch intelligente und flexible Nutzungsformen zu stoppen bzw. umzukehren."²

Bestand vor Neubauten

Die Anpassung des Bestands an die zukünftigen Erfordernisse mit hoher Sanierungstiefe muss Vorrang vor dem Neubau haben.

- Die Stadt muss die energetische Sanierung, erweiterte Umnutzung und Erweiterung der Bestandsgebäude zu ihrem vorrangigen Ziel machen, bevor über Neubauten auf bislang unbebautem Boden überhaupt erst nachgedacht wird.

¹ Deutsche Nachhaltigkeitsstrategie Weiterentwicklung 2021

² Wuppertal Institut (2020): "CO₂-neutral bis 2035: Eckpunkte eines deutschen Beitrags zur Einhaltung der 1,5-°C Grenze"

- Es müssen alle über die gesamte Dauer der Baumaßnahmen und der Lebensdauer der Gebäude entstehenden CO₂-Emissionen festgehalten und ausgeglichen werden.
- Alle beim Bau verwendeten Materialien müssen sich in eine Kreislaufwirtschaft einfügen und dürfen nicht später zu Sondermüll werden.
- Bei allen Baumaßnahmen müssen der DGNB Gold und Platin-Standard¹ oder vergleichbare Standards eingehalten werden.
- Wir brauchen dringend mehr Handwerker*innen auf dem Bau – es braucht eine großangelegte Ausbildungsoffensive in sanierungsrelevanten Berufen. Die Wärmewende (siehe "Energie") ist ein zentraler Punkt für die Erreichung der Klimaziele.

Kein öffentliches Land in privater Hand

Die faire und klimagerechte Nutzung von Flächen ist ein Schlüssel in unserem Kampf für eine klimagerechte Stadt. Die Stadt kann ihren Einfluss in diesem Sinne nur geltend machen, wenn sie die Flächen nicht verkauft. Daher fordern wir:

- Die Stadt vergibt Flächen nur noch über eine, der jeweiligen Verwendung angemessene, Erbpacht.

Betonverbot und das Ende von Tiefgaragen

Beton macht 8% der globalen Emissionen jährlich aus², darum muss der Betonverbrauch drastisch verringert und auf nachhaltigere Baumaterialien gesetzt werden.

- Bei derzeit nicht anders zu lösenden Bauaufgaben (Beispiel Fundamente) soll die ökologisch sinnvollste Beton-Art verwendet werden.
- Es müssen auch alle in Beton- oder Beton-Mischbauweise geplanten, aber noch nicht gebauten Vorhaben umgeplant werden, solange der Beton durch andere Baustoffe ersetzt werden kann
- Als Sofortmaßnahme ist ein Baustopp für Tiefgaragen festzulegen. Ein Drittel des Betons eines Gebäudes wandert in diesen Bauteil, der nicht zukunftsorientiert ist.
- Holz und andere CO₂-bindende, regionale Rohstoffe, sind die Baustoffe, die klimagerecht verwendet werden müssen.

Kein weiterer Flächenverbrauch

- Keine weitere Überbauung der Fläche und Versiegelung der Böden im Stadtraum.

Freiburgs Flugplatz stellt in diesem Sinne ein Potential für die Stadtentwicklung dar, da insbesondere weitere Flächenversiegelungen vermieden werden könnten. Er ist eine riesige asphaltierte Fläche, auf der lebendige Stadtentwicklung stattfinden könnte. Derzeit wird er nur noch von zwei Flugschulen genutzt und deren Pachtverträge enden bald. Jährlich zahlt die Stadt für den Unterhalt des Flugplatzes um die 250 000 €. Ob dies noch zukunftsgerecht ist, muss zumindest hinterfragt werden.

¹ <https://www.dgnb-system.de/de/system/index.php>

² <https://www.tagesspiegel.de/wissen/die-klimaschaedliche-gier-nach-zement-klimakiller-beton/25033772.html>

Freiburgs Landwirtschaftsfläche ging in den vergangenen 30 Jahren um ca. 20 % zurück. Weiteres Schrumpfen können wir uns nicht mehr leisten: Die noch bestehenden Betriebe müssen erhalten und von der Stadt gefördert werden. Hier geht es um Identität und Ernährungssouveränität, gleichzeitig garantieren Landwirt*innen auch das besonders für viele Vogelarten so wichtige Offenland.

Die Landwirtschaft mit ihrer Versorgungsfunktion ist auch als Bildungsort, Kulturgut, für den Grundwasserschutz, zum Erhalt der Biodiversität, für die Frischluftversorgung sowie die langfristige Kohlenstoffbindung im Boden von grundlegender Bedeutung.

Neben der Art der Nutzung ist die Frage des Eigentums ein wichtiges Instrument, um Bodenspekulationen Einhalt zu gebieten. Der bäuerliche und genossenschaftliche Landbesitz muss gestärkt werden, um landwirtschaftlichen Betrieben auch bei steigenden Bodenpreisen und Pachten im Umland die finanzielle Grundlage zu erhalten.

Forderungen

- Die Stadt Freiburg muss sich daran setzen, dass landwirtschaftliche Flächen erhalten bleiben und vermehrt kleinbäuerlich bewirtschaftet werden.
- Damit einhergehend sollten biologische Anbaumethoden und Modelle partizipativer Landwirtschaft systematisch gefördert werden.
- Die Stadt Freiburg setzt Ernährungs Koordinator*innen ein, um zusammen mit zentralen Akteuren (Landwirte, Wirtschaftsförderung, Handel, Gastronomie) eine lokale Ernährungsstrategie zu erarbeiten. Hierbei kann eine Kooperation mit dem Ernährungsrat Freiburg e.V. angestrebt werden, falls dies auf beiden Seiten erwünscht ist.

Lokale Ernährungssouveränität und nachhaltige Lebensmittelkreisläufe

Trotz des naturräumlichen Potenzials und der klimatischen Bedingungen unserer Region, unter denen zu jeder Jahreszeit eine vielfältige, saisonale und regionale Versorgung möglich wäre,¹ werden nur 20 % des Lebensmittelbedarfs der Freiburger Bevölkerung durch Produkte aus der Region gedeckt.²

Um einen solchen Wandel herbeizuführen, braucht es eine strategische, ambitionierte Zusammenarbeit aller Akteur*innen entlang der Wertschöpfungskette mit den politischen Regierungs- und Verwaltungsebenen.

- Wir fordern den Aufbau und die Stärkung regionaler Ernährungskreisläufe.³

1 "Landschaften und Böden im Regierungsbezirk Freiburg", RP Freiburg (2012), abgerufen am 30.09.2020 von https://rp.baden-wuerttemberg.de/rpf/Abt5/Ref52/Documents/52_f_landsch_u_boeden.pdf

2 Moschitz, H., Oehen, B., Rossier, R. (2015). Regionaler Konsum in Freiburg. Abgerufen am 30.09.2020 von https://www.freiburg.de/pb/site/Freiburg/get/params_E138525682/1045847/Regional-Konsum.pdf

3 Leider wird viel Anbaufläche für den Export von Sonderkulturen (z. B. Spargel) eingenommen anstatt für die Versorgung der Region zur Verfügung zu stehen. Das muss sozial gerecht geändert werden.

Es braucht eine enge Verzahnung von Produktion, regionaler Verarbeitung und Vermarktung – von den Landwirt*innen über das regionale Handwerk in den lokalen Vertrieb, wie zum Beispiel in der Gastronomie, Schulen, Mensen, Hofladennetzwerken und Märkten. Dadurch werden verarbeitende Betriebe erhalten, stabilisiert und wiederaufgebaut, Arbeitsplätze werden gesichert und die Umwelt wird durch kurze Transportwege sowie den nachhaltigen Anbau entlastet. So kann auf höchstem Niveau fair und nachhaltig produziert, verarbeitet und vermarktet werden.

In der Außer-Haus-Verpflegung besteht ein großes Potential, die Küchen an regional, nachhaltig anbauende Landwirt*innen zu knüpfen und gleichzeitig Bildungszielen zu nachhaltiger Ernährung nachzukommen. Wir fordern, dass die Versorgung städtischer Kantinen zu 60 % mit regionalen und saisonalen BIO-Lebensmitteln stattfindet. Durch die Reduktion des Fleischangebots in städtischen Kantinen auf einen Tag der Woche ("Fleischtag") kann der Fleischkonsum kontrolliert und fair bepreist werden.

Die hier formulierten Forderungen sind in der Auseinandersetzung mit den Ideen und Visionen der Ernährungsräte Freiburg und Köln entstanden.¹

1 Ernährungsrat Köln und Umgebung (2019). Impulse für die kommunale Ernährungswende, abgerufen am 30.09.2020

2 http://www.ernaehrungsrat-koeln.de/wp-content/uploads/2019/07/Impulse-f%C3%BCr-eine-kommunale-Ern%C3%A4hrungswende_Ern%C3%A4hrungsstrategie-f%C3%BCr-K%C3%B6ln_Ern%C3%A4hrungsrat-Mai2019_Doppelseiten.pdf

3 Ernährungsrat Freiburg und Region, abgerufen am 30.09.2020 <https://ernaehrungsrat-freiburg.de/>

Der schnelle Umbau Freiburgs in eine klimagerechte Stadt ist vor allem auch ein großer Bildungsauftrag. In vielen Lebensbereichen braucht es ein verknüpftes Wissen, um die Ursachen und Folgen des eigenen Handelns einschätzen zu können.

Besonders in den Bereichen Ernährung, Landwirtschaft, Ressourcenverbrauch, Artenschutz und Gesundheit ist es von zentraler Bedeutung, dass die Stadt Freiburg umfassende Informations- und Fortbildungsangebote zur Klimakrise, ihrer Bekämpfung und ihren Folgen bereitstellt.

Nur wenn wir über die aktuellen Probleme informieren und sprechen, können alle Menschen die Situation verstehen und sich an demokratischen Entscheidungsprozessen beteiligen. Raum für Austausch und soziales Engagement ist in dieser Frage von zentraler Bedeutung.

In den Schulen sind insbesondere Bildungsangebote im Bereich Ernährung und Landwirtschaft von Bedeutung. Kinder sollen im Unterricht, im Schulgarten und der Schulküche lernen, wie gesunde und zukunftsfähige Ernährung aussehen kann. Die Stadt soll sich dieser Verantwortung bewusst werden und sicherstellen, dass ein entsprechendes Angebot breitflächig zugänglich ist.

Forderungen

Ein umfassendes Klimabildungskonzept soll entwickelt werden, das die Klimaschutzmaßnahmen systematisch begleitet und alle Bevölkerungsgruppen berücksichtigt.

- Förderung von Häusern des Engagements und der Begegnung.
- Schaffung von Multiräumen für soziale Projekte, Pflegestrukturen und Familien mit Migrationshintergrund.
- Förderung gemeinschaftlicher Koch- und Esskultur mit regionalen und ökologisch erzeugten Produkten.

SOZIALE GERECHTIGKEIT & KLIMAGERECHTIGKEIT

Die Klimakrise ist eine soziale Krise und muss als solche behandelt werden. Klimapolitik darf nicht auf Kosten benachteiligter Menschen ausgetragen werden. Bei allen Maßnahmen und Ideen braucht es unbedingt Lösungen, die für die sozial gerechte Ausgestaltung der benötigten Maßnahmen sorgt.

Forderungen

- Es muss die zunehmende Verdrängung von ärmeren Menschen aus der Stadt verhindert werden. Wohnraum muss für Menschen mit geringen Einkommen im Stadtgebiet in ausreichender Zahl bereitgestellt werden.
- Energetische Sanierungen dürfen nicht zu Lasten von Mieter*innen auf die Mietkosten umgewälzt werden.
- Auch Menschen mit geringem Einkommen, geringem Bildungsstand oder mit Behinderung sollen einen nachhaltigen Lebensstil führen können.
- Gleichwertige Chancen für finanziell benachteiligte Menschen haben oberste Priorität. Wir dürfen nicht zulassen, dass Klimaschutz und soziale Gerechtigkeit gegeneinander ausgespielt werden.
- Wir fordern, dass alle Maßnahmen sozialverträglich umgesetzt werden. Klimaschutz darf keine Frage des Geldbeutels sein!
- Weiterhin dürfen Investitionen in den Umweltschutz seitens der Stadt nicht dazu führen, dass andere soziale Projekte, wie beispielsweise sozialer Wohnungsbau, vernachlässigt werden.

Flucht, Rassismus und Migration

Die Klimakrise sorgt schon heute für die Zerstörung der Lebensgrundlagen der Menschen aus den Most Affected People and Areas (MAPA) und dieser Zustand wird sich mit dem Verlauf der Klimakrise nicht bessern. Daher unterstützen wir in dieser Frage klar die Stadt in ihrem eingeschlagenen Kurs:

- Die Stadt soll einen Aktionsplan zur Aufnahme und Integration geflüchteter Menschen erstellen.
- Die Stadt soll interkulturelle Begegnung und Begegnungsstätten fördern und für Chancengleichheit sorgen.
- Es gilt, durch Bildungsarbeit den Rassismus präventiv zu bekämpfen und Menschen, die von rassistischen Aggressionen und Gewalt betroffen sind, zu schützen.
- Wir fordern eine eindeutige Positionierung der Stadt zur Solidarisierung mit Geflüchteten.

Generationengerechtigkeit

Die Alterspyramide stellt sich auf den Kopf. Freiburger*innen werden immer älter, immer weniger junge Menschen rücken nach.¹ Die Folge: Die Generation, die in ihrer Lebensspanne die Klimakrise verursacht hat, bleibt weiter am Ruder. Das kann und darf nicht sein! Wir fordern eine gerechte Teilhabe für die, die mit den Folgen leben lernen müssen!

- Wirkmächtige Jugendbeteiligung muss von der Politik aktiv gefördert werden.
- Beteiligung von jungen Menschen an allen Entscheidungen der Stadt, insbesondere in Fragen des Umwelt- und Klimaschutzes. Mitwirkung und Einflussnahme ermöglichen.
- Auch die Perspektiven älterer Menschen dürfen nicht außen vor bleiben. Es geht um einen lebendigen Dialog der Generationen, hierfür brauchen wir neue Formate des Austausches und der Teilhabe.

Gesundheit

Lebenswerte und gesunde Städte sind ein zentraler Bestandteil einer nachhaltigen Raumentwicklung. Dazu gehört die Schaffung von Chancengleichheit in Bezug auf umweltbezogene Gesundheit. Die Stadt Freiburg steht daher vor neuen Aufgaben. Unter anderem steht an:

- Der Aufbau eines integrierten Gesundheits- und Umweltmonitoringssystems.²
- Prävention und Risikokommunikation u.a. bei extremen Wetterereignissen. Hier wäre es sinnvoll Expert*innen u.a. aus dem Gesundheitswesen bei der Stadtplanung hinzuzuziehen;
- Die Erstellung eines Hitzeaktionsplans: Dieser muss sowohl Verhaltens- als auch verhältnispräventive Maßnahmen beinhalten. Die Stadtverwaltung Freiburg muss präventiv und koordiniert handeln, um die Hitzeperioden abzuschwächen. Zum Beispiel durch das Schaffen von neuen innerstädtischen Grünflächen, durch Neubegrünung zum Beispiel des „Platz der alten Synagoge“ und durch unter Schutz stellen von vorhandenen Grünflächen, die zur Abkühlung des innerstädtischen Klimas beitragen können. Ist der Platz in der Fläche nicht vorhanden, stellen vertikale Pflanzmauern oder Fassadenbegrünung eine Lösung dar.

¹ https://www.freiburg.de/pb/site/Freiburg/get/params_E178176413/1540680/statistik_grafiken_bevoelkerung_altersgliederung.pdf und https://www.freiburg.de/pb/site/Freiburg/get/params_E-1899032930/1540681/statistik_grafiken_bevoelkerung_lebensjahren.pdf

² Handlungsempfehlungen für die Erstellung von Hitzeaktionsplänen zum Schutz der menschlichen Gesundheit, Dr. Wolfgang Straff, Dr. Hans-Guido Mücke (2017)

Die sogenannte "Flächeninanspruchnahme" ist, nach dem Einsatz von Pestiziden, der zweitwichtigste Faktor beim Verlust von Biodiversität.

Forderungen

Stärkung der Stellung des Umweltschutzamts

- Klima und Natur sollen als grundsätzlich überlebensnotwendige Belange des Allgemeinwohls in jedem städtischen Abwägungsprozess an oberster Stelle stehen – für den Richtungswechsel zu einer ökologisch, sozial und ökonomisch tatsächlich nachhaltigen und gerechten Ordnung.¹
- Der Ausschuss für Umwelt und Klimaschutz ist in ein Gremium mit beschließender Funktion aufzuwerten. Er tagt monatlich und behandelt verstärkt auch Themen aus dem Bauausschuss.²

Artenvielfalt auf städtischen Flächen wiederherstellen, erhalten und fördern

- Grünflächen bleiben auf Dauer bestehen, ebenso landwirtschaftliche Nutzflächen, Kleingärten und andere Gärten, Bäume und Wald, Landschaftsschutzgebiete, Biotopverbundflächen, regionale Grünzüge.
- Noch mehr hochwüchsige Wiesen- und Blühflächen im Stadtgebiet; auf jeder städtischen Grünfläche >0,5 Hektar ein Totholzhaufen von min. 5 m³ sowie stehendes Totholz; an Forstwegen nur abschnittsweise mulchen; Einsatz von Rückepferden; regionale Holznutzung; insektenfreundliche Pflege von Straßenrändern und der 400 km Tuniberg-Böschungen.
- Ausgleichsmaßnahmen müssen fachlich richtig konzipiert und ihre nachhaltige Umsetzung muss sichergestellt werden.³ Alte, nicht kartierte Maßnahmen müssen dringend digitalisiert und öffentlich einsehbar werden.
- Ausweisung von 70 Hektar Naturschutzgebiet am Schlossberg sowie Anstellung einer/s Stadtschäfer*in zur Biotopvernetzung und für Umweltbildung. Hierzu liegt der Verwaltung seit Herbst 2019 ein detaillierter Antrag vor.
- Der Mooswald eignet sich und soll genutzt werden für eine großflächige (bspw. 20 Hektar) Beweidungsmaßnahme mit Rindern (sog. Waldweide, historische Nutzungsform).
- Lichtverschmutzung stoppen. Unter Einbezug des Sicherheitsaspekts fordern wir die Nachtabschaltung der Beleuchtung wo immer möglich, mindestens aber auf 50% der Stadtfläche und mindestens von 1 Uhr bis 6 Uhr.⁴

1 Andernfalls laufen Artenschutzbemühungen Gefahr, reine Symptombekämpfung zu bleiben, s. Schoof/Luick/Paech: Repekt für das Insekt? Analyse des Aktionsprogramms Insektenschutz der deutschen Bundesregierung unter besonderer Beachtung transformativer Zugänge. Natur und Landschaft 7/2020, S. 316-324, DOI: 10.17433/7.2020.50153847.316-324

2 In dieser Stadt tagen 2020 der Ausschuss für Umwelt und Klimaschutz sowie der Mobilitätsausschuss je vier Mal, wohingegen der Bau-, Umlegungs- und Stadtentwicklungsausschuss zwölf Mal zusammenkommt. Außerdem hat ersterer bloß beratende, letzterer jedoch beschließende Entscheidungskompetenz.

3 Zahlreiche Studien (wie z.B. die Untersuchung der baurechtlichen Ausgleichsmaßnahmen von 9 Schönberggemeinden, Rabenschlag/Reif, 2018: <https://freidok.uni-freiburg.de/data/16832>) und lokale Beobachtungen belegen hohe Defizite in der Umsetzung von Ausgleichsmaßnahmen zum Schutz bedrohter Arten.

4 Siehe Leitfaden 1/2020 für Kommunen "Außenbeleuchtung effizient gestalten – Lichtverschmutzung reduzieren", https://www.bfn.de/presse/pressemitteilung.html?no_cache=1&tx_ttnews%5Btt_news%5D=6793&cHash=51ba1fc491a34df-c807300a3f30671d6

- Mindestens 1.000 Bäume jährlich an Verkehrswegen bis 2030 pflanzen.
- Imagekampagne für naturnahe Gartenkultur¹: Die Stadt soll proaktiv werben für Gärten mit heimischen Stauden und Gehölzen, Totholz, Brennesseln, Kompost-, Laub- und Steinhäufen, Hecken und "Unordnung", soll private Begrünungsvorhaben anstoßen und Gartenpaten unterstützen – am besten in Kooperation mit Schulen, Kirchengemeinden und den Bürgervereinen vor Ort.
- Gewässerschutz beachten. Es muss in Zusammenhängen gedacht werden (Dreisam – Elz – Rhein), dies gilt auch für Grundwasserkörper.
- Dieser Prozess der allgemeinen Aufrechterhaltung und Förderung der Biodiversität (egal, ob freiwillig oder gesetzlich diktiert) darf keinesfalls Ökopunkte generieren. Er bedarf einer regelmäßigen Überprüfung.
- Der Freiburger Stadtwald ist unverzichtbar für Naturerlebnis und Erholung. Die Waldflächen müssen im Besitz der Stadt bleiben und es muss beim Land Baden-Württemberg sichergestellt werden, dass die kommenden Förderprogramme dem Naturschutz noch stärker zu Gute kommen.

¹ Pools, versiegelte Flächen und Outdoor-Küchen – private Gärten werden mehr und mehr zum insektenfeindlichen und naturfernen Prestigeobjekt.

Wir möchten Kreisläufe schließen, sie verkleinern und Wertstoffen sowie Produkten einen möglichst langen Lebenszyklus ermöglichen. Denn bei der Produktion, dem Konsum sowie der Entsorgung entstehen Schadstoffe und CO₂-Emissionen. Was heute als Abfall gilt, kann in einer Kreislaufwirtschaft an anderer Stelle wertvoll sein. Nahezu jeder Gegenstand kann weiterverwendet werden.

Forderungen

- Recyclingquote im Stadtgebiet nicht unter 90% ab 2030.
- Standardisierte, ambitionierte und verbindliche "Abfall"-Trennung für das Freiburger Gewerbe. Bei Missachtung fallen hohe Gebühren an.
- Wir fordern eine Reduzierung der Menge von verbranntem "Abfall" aus dem Freiburger Stadtgebiet um 50% bis 2030.
- Die Rate der in Geschäften, Restaurants, Kantinen und Haushalten weggeworfenen Lebensmittel muss bis 2025 auf unter 5% gesenkt werden.
- Um diesen Denkwandel zu unterstreichen, sollte die Stadt Freiburg sich zu den Grundsätzen der „Zero Waste Cities Europe“¹ bekennen und mit einem Maßnahmenplan die Transformation der Stadt gestalten, um weniger "Abfall" zu produzieren, so viele Rohstoffe und Produkte wie möglich wiederzuverwenden und Menschen und Unternehmen den Weg zu einem Zero Waste Umgang mit Konsumgütern erleichtern.
- Gewerbegebiete klimagerecht umstrukturieren.²
- "Abfall" als graue Energie in die CO₂-Bilanz der Stadt Freiburg mit einberechnen.
- Verbot von privatem Feuerwerk.

1 Definition von Zero Waste der Zero Waste International Alliance: "Die Bewahrung aller Ressourcen mittels verantwortungsvoller Produktion, Konsum, Wiederverwendung und Rückgewinnung von Produkten, Verpackungen und Materialien ohne Verbrennung und ohne Absonderungen zu Land, Wasser oder Luft, welche die Umwelt oder die menschliche Gesundheit bedrohen."

2 Vergleiche die Strategie der Wirtschaftsförderung Duisburg https://www.umweltbundesamt.de/sites/default/files/medien/1410/publikationen/181113_bro_difu_optimierung_a4_freie_wirtschaft_barrierefrei_final-klein.pdf (siehe S.17)

Unserem derzeitigen Wirtschaftssystem wohnt ein Wachstumszwang inne, der zentraler Treiber unseres konstant steigenden Ressourcenverbrauchs sowie der Treibhausgasemissionen ist. Soziale und ökologische Schäden werden dabei externalisiert. Daher müssen wir unsere Produktionsweise und unser Konsumverhalten ändern, wenn wir die Klimakrise verhindern möchten. Unsere Wirtschaft muss sich an den Bedürfnissen der Menschen ausrichten und das Gemeinwohl als Ziel haben, nicht primär Profitinteressen.

Es gilt daher, Ökonomiemodelle zu erproben, die unseren Fokus dorthin verschieben, wohin er gehört: Vom Wirtschaftswachstum hin zu Gleichgewicht und Wohlbefinden. Außerdem fordern wir, dass Unternehmen in Freiburg ihre Verantwortung für die Erreichung der Klimaschutzziele aktiv wahrnehmen!

Forderungen

- Analyse von positiven und negativen Auswirkungen des Wirtschaftswachstums auf die Stadt Freiburg.
- Erstellung einer Gemeinwohl-Bilanz der kommunalen Unternehmen Freiburgs.
- Förderung von kollektiven Verwaltungsstrukturen und solidarischen Produktionsformen wie z.B. solidarischer Landwirtschaft oder Energiegenossenschaften (dies kann u.a. durch Vereinbarungen über langfristige Zusammenarbeit geschehen).

Und um umzulenken, braucht es Zahlen, Daten, Fakten. Daher:

- Wirtschafts-Nachhaltigkeits-Transparenzregister: Offenlegung der Emissionen und Anstrengungen aller Firmen ab 20 Mitarbeiter*innen im Klimamonitor.
- Klare Festsetzung eines zentralen Schwerpunkts in der Wirtschaftsförderung: Klimagerechtigkeit!
 - Bestehende Betriebe müssen scharf an die gemeinsamen Ziele gebunden werden.
 - Förderungen und Genehmigungen der Stadt sind an verbindliche Auflagen gebunden (wie zum Beispiel Klimabilanz, zügige Erreichung der Klimaneutralität).
 - Besonders effektive, innovative Klimaschutzprojekte von Unternehmen sollen nach unabhängiger Prüfung von der Stadt gefördert werden.
 - Keine Neuansiedlung fossil basierter Industrien, sowie alle bestehenden raus aus fossilen Energien.
- Die Erprobung vielgestaltiger Ökonomie-Ansätze vorantreiben:
 - indem sie an der Universität Freiburg gelehrt werden.
 - indem die Anwendung in Unternehmen gefördert wird.

- Wir müssen Zehntausende von Menschen ausbilden und in Arbeit bringen, die ihre Zeit der Transformation widmen. Wir erwarten insbesondere von den Unternehmer*innen dieser Region Antworten auf diese Frage.
- Freiburg ist ein Innovationsstandort im Bereich Mobilität und Transformation. Das muss gefördert werden.
- Informationsangebote für junge Menschen, an welchen Stellen in dieser Stadt nachhaltig gearbeitet werden kann.

DEMOKRATIE & TRANSPARENZ

Bürger*innenbeteiligungen waren in Freiburg bis jetzt kaum wirkungsvoll, weil es sich dabei um eine bloße Addition disparater subjektiver Meinungen handelte. Für einen produktiven Beitrag aus der Zivilgesellschaft braucht es Bürger*innenräte. Das Auswahlverfahren von Bürger*innenräten hat eine repräsentative Vertretung aller Bevölkerungsgruppen zu gewährleisten, sodass der mehrstufige Prozess von Input und Diskussionen in den Gruppen zu sachkundigen, differenzierten Stellungnahmen führt. Sie garantieren dadurch die Akzeptanz in der Bevölkerung auch von strittigen und herausfordernden politischen Entscheidungen.

WIR BRAUCHEN BÜRGER*INNENRÄTE

Bürger*innenräte sind ein zentrales Element für die zentralen Fragen unserer Stadt. Mit ihrem Gelingen und mit ihrer Wirksamkeit entscheidet sich, ob der sozialökologische Umbau unserer Stadt durchsetzbar ist. Eine klimaneutrale, lebenswerte Stadt kann nur von allen gemeinsam gestaltet werden: Bürger*innen, der Wissenschaft, mit Kulturschaffenden, der Politik und der Wirtschaft. Wir wollen erreichen, dass möglichst viele nicht nur an der Ideensammlung, sondern auch an der Umsetzung mitwirken.¹

Für die einzelnen Stadtquartiere können aus der Bürger*innenschaft zusammengesetzte Lenkungsgruppen gemeinsam mit der Verwaltung Klimaschutz vorantreiben. Themenbezogene Bürger*innenversammlungen und Bürger*innenaußenbüros anstelle von Ortsbeiräten stärken die Bürger*innenbeteiligung zusätzlich.

EINRICHTUNG EINES DIGITALEN "KLIMAMONITORS"

Die Stadt soll ein Dashboard einrichten, auf dem alle wichtigen Informationen bezüglich Freiburgs Weg zu einer klimaneutralen Stadt öffentlich bereitstehen.

KLIMAGERECHTIGKEITS-MONITORING

Wir sehen, dass die Stadt in der Theorie oft richtig handeln will, es aber in der Praxis nicht schafft. Es braucht eine Kontrollinstanz, die die Klimagerechtigkeit städtischer Vorhaben und Maßnahmen im Blick hält, sicherstellt und öffentlich zugänglich dokumentiert. Sie kann auch Maßnahmen formulieren, die nötig sind, wenn Klimaziele verfehlt werden.

Daher soll ein Monitoringprozess eingeleitet werden. Es muss für diesen Zweck eine von Dezernaten unabhängige Monitoring-Stelle geschaffen werden.

¹ Ein gutes Beispiel hierfür ist die Stadt Bonn, die erste Schritte in diese Richtung geht: <https://bonnimwandel.de/breite-buergerbeteiligung-beim-klimaschutz/>

SCHLUSSAPPELL

Kommende Generationen werden uns fragen, warum wir nicht gehandelt haben, als wir erkannten, dass wir diesen Planeten zerstören. Wir wissen was zu tun ist – jetzt müssen wir die nötigen Schritte gehen!

Über die Hälfte aller CO₂-Emissionen haben wir in den letzten 30 Jahren wesentlich verursacht.¹ Deutschland und damit auch Freiburg gehören weltweit zu den Hauptemittenten von CO₂.

Wir sind die Ursache des Notstands.

Lasst uns jetzt ein Teil der Lösung werden!

Das Undenkbare umzusetzen braucht das Wissen und die Energie von uns allen. Und wir sind überzeugt: Sozialer Wandel ist ansteckend, der gemeinsame Aufbruch kann Berge versetzen. Die moralische Dimension der Klimafrage kann zum entscheidenden Wendepunkt werden, wenn genügend Menschen klar wird, dass die eigene Zukunft, die der eigenen Kinder und Enkelkinder sowie die Zukunft der Menschen, die heute schon unter den Folgen der Klimakrise leiden, auf dem Spiel steht.

Menschen in Machtpositionen müssen ihrer Verantwortung gerecht werden: Es braucht für einen gesellschaftlichen Wandel endlich die entsprechenden politischen Rahmenbedingungen!

Gemeinsamer Aufbruch

Alles Nötige ist bereits vorhanden! Wir brauchen nur Mut zu beherztem Handeln, damit Freiburg seinem Ruf als "Green City" gerecht wird.

Freiburg muss bis 2030 klimaneutral werden.

Um es ganz klar zu machen: Wir brauchen nicht weniger Emissionen – es geht um ein emissionsfreies Leben! Das heißt: Wir müssen die gesamte Stadt samt ihrer Wirtschaftskreisläufe umbauen.

Diese große Aufgabe schaffen wir nur gemeinsam. Wir können es nicht beim bisherigen bequemen und unzureichenden Klein-Klein belassen. Große Visionen erreichen wir nur miteinander. Wir können den Wandel schaffen, wenn Wissenschaft, Wirtschaft, Stadt und Bürger*innen an einem Strang ziehen und sich verpflichten, gemeinsam dafür einzustehen und das visionäre Potenzial dieser Idee zu beleben.

Denn wo in der Welt kann das Wirklichkeit werden, wenn nicht in Freiburg?! Wir leben in einem der reichsten Länder der Welt, mit enormen demokratischen Freiheiten. Dank der über Jahrhunderte gewachsenen Verknüpfung mit den Hochschulen unserer Stadt verfügen wir über eine überdurchschnittlich gebildete Bevölkerung.

Freiburg kann als erste Stadt Deutschlands klimaneutral werden und ein starkes Zeichen an andere Städte senden: Wir können es schaffen – und wir müssen es schaffen.

Wir bleiben dabei: Wir streiken, bis ihr handelt!

¹ Oxfam-Studie: "Confronting carbon inequality – Putting climate justice at the heart of the COVID-19 recovery", September 2020 <https://www.oxfam.org/en/research/confronting-carbon-inequality>

DANK

Rund 20 Aktive haben sich bei Fridays for Future ein halbes Jahr lang der Aufgabe gewidmet, dieses Papier zu erstellen. Viele Menschen und Organisationen haben uns dabei geholfen.

Unser Dank geht an das Klimaaktionsbündnis Freiburg e.V., ohne deren Unterstützung wir diese Mammutaufgabe nicht geschafft hätten. Danke an Dirk, Clara, Hartmut, Susanne, Sarah-Lea, Julian, Jakob und Jannick. An unsere Moderator*innen Mart Rutkowski und Eva Kimmig.

Und dann, sicherlich unvollständig, all die weiteren wundervollen Menschen, die uns mit ihrem Rat und ihrer Tat unterstützt haben:

Anne Siemons

Arne Götze

Barbara Schramkowski

BLNN/Uni, Nicolas Schoof

Elisabeth Wegner

Elisabetta Borghetto

Elisa Ehrlicher

fesa e.V., Felix Hollerbach

fesa gGmbH, Josef Pesch

Fossil Free

Fuß- und Radentscheid, Jörg Isenberg

Gabriele Michel

Gabriele Winker

GermanZero

Gitta Walchner

Haus des Engagements

Health For Future

ifeu – Institut für Energie- und Umweltforschung Heidelberg gGmbH

Isabella Goletzko

Jan Stegemann

Jonah Saathoff

Jonathan Roth

Konstantin Dratas

Leonard Terres

Marc Stobbe

Maulwürfe

Michael Rudolph

Mirjam Schäfer

Ö-Quadrat, Sebastian Albert-Seifried

Parents For Future

Pascal Engel

Pausenraum

Philipp George

Regionalwert AG, Emilie Fus

regio Wasser e.V., Nik Geiler

Scientists for Future

Simon Haberstroh

Susanna Gill

Thomas Bauer

Uni, Jürgen Bauhus

Uwe Sacher

Danke, Danke, Danke!

1,5° Grad-Ziel (des Pariser Klimaabkommens)

Das Ziel, die Erderhitzung langfristig auf unter 1,5 Grad gegenüber dem Niveau der vorindustriellen Zeit zu begrenzen.

10.000 Balkone Programm

Eigenen Strom mit Balkonsolargerät erzeugen, über die Steckdose ins Netz einspeisen und so die eigenen Kosten senken.

Bürger*innenräte

Eine zufällig zusammengesetzte Gruppe von Bürger*innen, die die Gesellschaft repräsentiert. Diese erarbeitet mithilfe einer ausführlichen Informationsgrundlage Ideen und Lösungsvorschläge, über die sie danach eine Empfehlung ausspricht. Für jedes Verfahren gibt es einen neuen Rat.

City-Maut

Erhebung einer Gebühr für die Nutzung von Straßen durch Autos und Lastwagen.

Erneuerbare Energien (EE)

EE sind natürlich vorkommende unausschöpfbare Energiequellen, die der Mensch für sich nutzen kann, beispielsweise Wind, Sonne oder Wasserkraft.

Graue Energie

Als graue Energie wird die Energiemenge bezeichnet, die abseits der Benutzung für Herstellung, Transport, Lagerung, Verkauf und Entsorgung eines Produktes benötigt wird.

Klimagerechtigkeit

Klimagerechtigkeit beschreibt den Fakt, dass meistens Menschen, die am wenigsten zum menschengemachten Klimakrise beigetragen haben, am stärksten darunter leiden. Wenn wir vom Klima sprechen, sprechen wir also automatisch von einer Gerechtigkeitsfrage: Wer leidet am stärksten unter den Folgen?

Klimakrise / Klimakatastrophe

Die nie dagewesene Herausforderung für die Menschheit durch die menschengemachte Klimaerhitzung.

Klimaneutralität

Kein Ausstoß von Treibhausgasen bzw. die Kompensation der ausgestoßenen Gase.

Konzessionsabgabe

Eine Abgabe, die Versorgungsunternehmen (z.B. für Strom) an eine Gemeinde zahlen, um öffentliche Wege zum Betrieb von Leitungen nutzen zu dürfen.

Kreislaufwirtschaft

Die Verwendbarkeit von Produkten und Materialien wird solange wie möglich erhalten, um Abfälle zu vermeiden, z. B. durch Reparatur, Wiederverwendung und Recycling.

Mikro-Depots

Mikro-Depots sind Container, Mini-Lager oder abgestellte Fahrzeuge von denen aus Lastenfahrräder und fußläufige Transporte bestückt werden.

Mobilitätspass

Jede*r Bürger*in bezahlt 365 € im Jahr und kann mit dem damit erworbenen Ticket alle ÖPNV-Angebote in und um Freiburg nutzen.

ÖPNV

Öffentlicher Personennahverkehr, z. B. Busse und Straßenbahnen.

Pestizide

Sie sind chemische Bekämpfungsmittel gegen unerwünschte Organismen. Beispiele hierfür sind Mittel gegen Pflanzen (Herbizide), Insekten (Insektizide) oder Pilze (Fungizide).

Sanierungskataster

Ein Register von sanierungsbedürftigen Bauten.

Sozialverträglichkeit

Es gibt keine Nachteile für einzelne Personengruppen.

Treibhausgasemissionen

Ausstoß von Gasen, die den Treibhauseffekt verstärken und so zur Erderhitzung beitragen (vor allem CO₂, Methan und Lachgas).

Wärmekataster

Eine Zusammenstellung von Informationen zu Wärmebedarf, -erzeugung und -verteilung.



IMPRESSUM

Fridays for Future
Ortsgruppe Freiburg
Freiburg@FridaysforFuture.de
Ansprechperson: Sarah-Lea Kuner

© Fotos: Jim Stritzly(1,2,), FFF FR(10), Noah(31), Stefan Hipp(32)

Freiburg, 6. November 2020



#AlleFürsKlima